LANDTAG
NIEDERSACHSEN

N i e d e r s c h r i f t

über den öffentlichen Teil der 49. Sitzung

des Petitionsausschusses

am 18. März 2026

Hannover, Landtagsgebäude

Tagesordnung: Seite:

1. **Eingaben** 01223/11/19, 01307/11/19..... 3

Anwesend:

Ausschussmitglieder:

1. Abg. Rüdiger Kauroff (SPD), Vorsitzender
2. Abg. Marten Gäde (SPD)
3. Abg. Brian Baatzsch (SPD)
4. Abg. Karola Margraf (i. V. d. Abg. Jan Henner Putzier) (SPD)
5. Abg. Julia Retzlaff (SPD)
6. Abg. Annette Schütze (SPD)
7. Abg. Jan Bauer (CDU)
8. Abg. Veronika Bode (CDU)
9. Abg. Saskia Buschmann (CDU)
10. Abg. Dr. Karl-Ludwig von Danwitz (CDU)
11. Abg. Christian Frölich (CDU)
12. Abg. Sina Maria Beckmann (GRÜNE)
13. Abg. Michael Lühmann (i. V. d. Abg. Nicolas Mülbrecht Breer) (GRÜNE)
14. Abg. Holger Kühnlenz (AfD)

Von der Landtagsverwaltung:

Ministerialrätin Obst,
Regierungsrat Weigel,
Regierungsoberamtsrat Diedrich,
Regierungsoberamtsrat Gutzler.

Niederschrift:

Oberregierungsrätin Dr. Schütze, Stenografischer Dienst.

Sitzungsdauer: 15:35 Uhr bis 16:03 Uhr.

Tagesordnungspunkt 1:

Eingaben

Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Bauen

Eingabe 01223/11/19

WBI Wintermoorer Bahnhofsinitiative
Peter Degen, 29640 Schneverdingen
Betr. Situation des Zugverkehrs zwischen Hannover und Buchholz in der Nordheide (Heidebahn)

Abg. **Annette Schütze** (SPD) bittet aufgrund von weiterem Beratungsbedarf darum, die Beratung dieser Eingabe zu vertagen.

Abg. **Veronika Bode** (CDU) führt aus, dass sie für die CDU-Fraktion bereits wiederholt darauf hingewiesen habe, die Bitte um Streichung einzelner Petitionen von der Tagesordnung nicht erst in der Sitzung oder kurz vor der Sitzung vorzutragen - insbesondere, wenn es sich um öffentliche Petitionen handele. Ein derartiges Vorgehen halte sie insbesondere den Petenten gegenüber, die sich intensiv mit ihren Anliegen beschäftigten und Unterschriften sammelten, für unanständig. Mit Blick darauf, dass das Petitionsrecht ein verfassungsmäßig geschütztes Recht sei, müsse sich der Petitionsausschuss ernsthaft seiner Aufgabe widmen. Leider, so die Abgeordnete, sei es in der Vergangenheit bereits mehrfach vorgekommen, dass Petenten vergeblich angereist seien und erst vor Ort von der Vertagung der Beratung erfahren hätten. Auch den Kolleginnen und Kollegen der jeweils anderen Fraktionen gegenüber sei es ein Gebot der Fairness, derartige Dinge rechtzeitig kundzutun, sodass sie sich nicht vergeblich auf die Beratung einer Eingabe vorbereiteten. Zukünftig, so die Abgeordnete, erwarte sie mehr Verlässlichkeit, Transparenz und auch Respekt gegenüber den Petenten.

Abg. **Annette Schütze** (SPD) entgegnet, im vorliegenden Fall habe ihre Fraktion die Landtagsverwaltung rechtzeitig informiert, sodass die Petenten *nicht* angereist seien. Lediglich *einmal*, so die Abgeordnete, sei es in der Vergangenheit vorgekommen, dass die Petenten einer öffentlichen Petition den Weg in den Landtag vergeblich auf sich genommen hätten. Mitnichten könne man ihrer Fraktion vorwerfen, sich im Umgang mit den Anliegen der Petentinnen und Petenten nicht anständig zu verhalten. Im Gegenteil zeuge es vielmehr von Anständigkeit, im Falle von weiterem Beratungsbedarf für Petitionen nicht voreilig ein Votum zu empfehlen, sondern sich die Zeit für eine gründliche Prüfung der darin formulierten Anliegen zu nehmen.

Abg. **Veronika Bode** (CDU) erwidert, es komme leider durchaus regelmäßig vor, dass Petitionen sehr kurzfristig von der Tagesordnung genommen würden. Wenn eine Petition auf der Tagesordnung stehe, solle man sie auch beraten oder andernfalls gar nicht erst auf die Tagesordnung setzen lassen. Mit Nachdruck, so die Abgeordnete, wünsche sie sich diesbezüglich eine deutliche Verbesserung.

Der **Ausschuss** beschließt, die Beratung dieser Eingabe zu vertagen.

Zustimmung: SPD, GRÜNE
Ablehnung: CDU, AfD
Enthaltung: -

Information des Petitionsausschusses über den Sachstand (Frist nach § 51 Abs. 5 GO LT)

Eingabe 01307/11/19

Arbeitsgemeinschaft Rettungsdienst Hildesheim e. V.
Herrn Meik Hüpper, 31171 Nordstemmen
Betr. Neufassung des gemeinsamen Rettungsdienstbedarfsplanes für Stadt und Landkreis Hildesheim

Abg. **Julia Retzlaff** (SPD) legt dar, dass sich die regierungstragenden Fraktionen intensiv damit beschäftigt hätten, den sehr nachvollziehbaren Sorgen bezüglich der Neufassung des gemeinsamen Rettungsdienstbedarfsplanes für Stadt und Landkreis Hildesheim im Rahmen der Möglichkeiten des Petitionsausschusses Rechnung zu tragen. Auf der Grundlage dieser Befassung schlage sie vor, für die vorliegende Petition das Votum „Material“ zu empfehlen und dieses um einen individuellen Text mit konkreten Bitten an die Landesregierung zu ergänzen.

Abg. **Dr. Karl-Ludwig von Danwitz** (CDU) betont, vonseiten der Arbeitsgemeinschaft Rettungsdienst Hildesheim sowie auch von einzelnen Bürgermeistern bestünden mit Blick auf den neuen Rettungsdienstbedarfsplan massive Zweifel an der Sicherstellung der rettungsdienstlichen Versorgung insbesondere im ländlichen Raum. Die Bedenken dieser Fachleute müsse man aus Sicht seiner Fraktion bereits heute und nicht erst nach einem gewissen Testzeitraum ernstnehmen, weshalb er für diese Eingabe das Votum „Erwägung“ vorschlage.

Abg. **Annette Schütze** (SPD) wirft ein, ihre Fraktion teile die in der Eingabe formulierten Sorgen. Sie müsse in diesem Zusammenhang aber darauf hinweisen, dass das Land lediglich die Rechtsaufsicht, nicht aber die Fachaufsicht habe.

Abg. **Dr. Karl-Ludwig von Danwitz** (CDU) entgegnet, in der Eingabe gehe es um die Neufassung des vom Kreistag beschlossenen Rettungsdienstbedarfplanes. Natürlich könne man sich auf die Position zurückziehen, dass das Land lediglich zu prüfen habe, ob dieser rechtlich Hand und Fuß habe. Wenn aber doch bereits jetzt massive inhaltliche Mängel von Fachleuten erkannt würden, müsse sich das Land nach seiner Auffassung sehr wohl auch mit diesen Bedenken beschäftigen.

Abg. **Veronika Bode** (CDU) legt dar, offensichtlich bestünden unter den Fraktionen des Landtages verschiedene Auffassungen über die Aufgaben des Petitionsausschusses. Sie stelle sich bei der Bearbeitung einer Petition immer die Frage, wie das in der Petition formulierte Anliegen politisch gesehen werde. In diesem Fall vertrete sie die Auffassung, dass die von den Experten aus dem Landkreis Hildesheim vorgetragenen Anliegen absolut unterstützenswert seien. Aus diesem Grund wünsche sie sich eine deutliche Positionierung des Petitionsausschusses in diesem Sinne.

Abg. **Sina Maria Beckmann** (GRÜNE) sagt, bereits bei der öffentlichen Anhörung zu der

vorliegenden Eingabe habe man deutlich sehen können, dass es hier um ein hochemotionales Thema gehe. Dementsprechend hätten wohl alle Mitglieder des Ausschusses um ein Votum gerungen, mit dem man diesem Thema gerecht werde. Selbstverständlich müssten die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger in Niedersachsen ernstgenommen werden. Dies gelte insbesondere im vorliegenden Fall, bei dem es letztendlich um die Verlässlichkeit der Notfallversorgung gehe. Gleichzeitig sei aber auch klar, dass der Rettungsdienst in der Zuständigkeit des Landkreises liege und die kommunale Selbstverwaltung hierbei respektiert werden müsse. Nichtsdestoweniger könne sie sich durchaus vorstellen in dieses Thema intensiver einzusteigen, da es in der Tat deutliche Hinweise dafür gebe, dass sich die Situation vor Ort kritisch entwickeln könnte. Mit dem vorliegenden Votum sei aus ihrer Sicht zunächst ein gemeinsamer Weg gefunden worden, mit dem sichergestellt werde, dass man die Entwicklung nicht einfach laufenlasse, sondern vielmehr intensiv begleite. Wie aus dem Votum ersichtlich sei, werde man nach zwölf Monaten eine Rückmeldung erhalten; diese Zeit sei notwendig, um die Entwicklungen im Zusammenhang mit dem neuen Plan zunächst zu beobachten. Wenn sich nach Ablauf dieser Frist die in der Petition geäußerten Bedenken bestätigten, bestehe fraglos politischer Handlungsbedarf.

Abg. **Annette Schütze** (SPD) betont, dass das Land im vorliegenden Fall über eingeschränkte Handlungsmöglichkeiten verfüge, da dem Ministerium für Inneres und Sport hier lediglich die Rechtsaufsicht obliege, während die Fachaufsicht beim Landkreis liege. Deshalb beruhe das von ihrer Fraktion vorgeschlagene Votum keinesfalls - wie von der CDU-Fraktion insinuiert - auf einem Unwillen, sich inhaltlich mit der Problematik zu beschäftigen.

Abg. **Julia Retzlaff** (SPD) resümiert, ihre Fraktion habe sehr genau geprüft, über welche Stellschrauben das Land in diesem Fall verfüge, und diese auch in ihrem Votum adressiert. Mit dem von der CDU-Fraktion vorgeschlagenen Votum „Erwägung“ würden aus ihrer Sicht unerfüllbare Erwartungen geweckt.

Der **Ausschuss** lehnt das von der CDU-Fraktion vorgeschlagene Votum „Erwägung“ gegen die Stimmen der Vertreterinnen und Vertreter der CDU-Fraktion und die Stimme des Vertreters der AfD-Fraktion ab.

Er empfiehlt dem Landtag folgenden Beschluss:

> Die Eingabe wird der Landesregierung als Material überwiesen. Die Neufassung des gemeinsamen Rettungsdienstbedarfsplanes für Stadt und Landkreis Hildesheim hat bei den die Petition unterstützenden Bürgerinnen und Bürgern die Besorgnis ausgelöst, dass der Sicherstellungsauftrag künftig nicht mehr erfüllt werden könnte. Der Sicherstellungsauftrag obliegt dem Landkreis im eigenen Wirkungskreis. Da die Neufassung des Rettungsdienstbedarfsplans derzeit rechtlich nicht zu beanstanden ist, bleibt die weitere Entwicklung abzuwarten. Um der vorgetragenen Sorge Rechnung zu tragen, wird das Ministerium für Inneres, Sport und Digitalisierung gebeten, sich im Rahmen der Rechtsaufsicht zwölf Monate nach Inkraftsetzung des Rettungsdienstbedarfsplans die erforderlichen Daten vorlegen zu lassen, um die weitere Entwicklung zu bewerten. Über die konkrete Situation im Raum Hildesheim hinaus wird das Ministerium für Inneres, Sport und Digitalisierung zudem gebeten zu prüfen, ob bei der Verordnung über die Bemessung des Bedarfs an Einrichtungen des Rettungsdienstes Änderungsbedarf besteht. Die Landesregierung wird gebeten, nach

Auswertung der Daten schriftlich mitzuteilen, was sie auf den Beschluss veranlasst hat. Zusätzlich sind die Einsender über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

Zustimmung: SPD, GRÜNE
Ablehnung: CDU, AfD
Enthaltung: -

***